



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung am 12.11.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:03 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Torsten Schiedung	stellvertretender Ausschussvorsitzender, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Axel Sommer	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Joachim Berkes	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Fromme
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maria Gringer	Fraktion Volt/MitBürger
Mario Kerzel	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehr wieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 17:55 Uhr
Waseem Aleed	Sachkundiger Einwohner
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Benjamin Müller	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:00 Uhr
Jascha Rihm	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schaper	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:50 Uhr
Jirka Schuppe	Sachkundiger Einwohner
Benedikt Weiß	Sachkundiger Einwohner
Cornelius Wohlgemuth	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Beate Saubke	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Achmed Großer	Referent des Oberbürgermeisters
Martin Krischok	Leiter IT und Digitale Verwaltung
Olaf Ungefroren	Leiter Team Gewerbeflächenentwicklung/Ansiedlungsservice
Raik Möller	Leiter Team Veranstaltungen
Katrin Flint	Protokollführerin

Gäste

Thomas Breitkopf	Präsident des Bundesverbandes der Automatenunternehmer e.V.
Mark Lange	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Denis Häder	BMA Halle (Saale)

Entschuldigt fehlten:

Henry Körner
Patricia Fromme
Iris Bereuther

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung wurde vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, **Herrn Torsten Schiedung**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schiedung sagte, dass keine Punkte auf die Tagesordnung zu setzen sind und keine Änderungen oder Ergänzungen vorliegen.

Er vertagte die Anträge seiner Fraktion unter den Tagesordnungspunkten 6.1 und 6.2.

Frau Gringer vertagte die Anträge ihrer Fraktion unter den Tagesordnungspunkten 6.3 und 6.4.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.10.2025
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586
 - 5.2. Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2019 zum Gewerbegebiet Halle-Tornau (VII/2019/00008)
Vorlage: VIII/2025/01659
 - 5.3. Variantenbeschluss zur Ausrichtung des Laternenfest ab 2026
Vorlage: VIII/2025/01811

- 5.4. Betrauungsakt mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VIII/2025/01561
- 5.5. Wirtschaftsplan 2026 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VIII/2025/01823
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum digitalen Bauantrag
Vorlage: VIII/2025/01460 **vertagt**
 - 6.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen
Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße
Vorlage: VIII/2025/01852 **vertagt**
 - 6.3. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem
Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“
Vorlage: VIII/2025/01491 **vertagt**
 - 6.4. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Abschaffung der Vergnügungssteuer auf
Tanzveranstaltungen
Vorlage: VIII/2025/01108 **vertagt**
- 7. Mitteilungen
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anbindung an das CERT-Nord
Vorlage: VIII/2025/01857
 - 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Sicherheitsstandards bei Beschaffungen
von digitalen Produkten und Komponenten
Vorlage: VIII/2025/01858
 - 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des NOOTS-
Staatsvertrages („Once-Only-Prinzip“)
Vorlage: VIII/2025/01859
 - 8.4. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu einem perspektivischen Beitritt der Stadt Halle
(Saale) zum Grünen Ring Leipzig
Vorlage: VIII/2025/01855
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
Niederschrift vom 08.10.2025
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
 - 13.1. Mitteilung zum Sondervermögen Infrastruktur

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.10.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 08.10.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01586

Herr Schiedung sagte, dass die Beschlussvorlage bereits in der letzten Sitzung zur Beratung stand. Er sprach sich für eine heutige Beschlussfassung aus.

Herr Berkes beantragte Rederecht für den Präsidenten des Bundesverbandes der Automatenunternehmen, Herrn Thomas Breitkopf.

Herr Feigl fragte, inwieweit das Rederecht mit der vorliegenden Beschlussvorlage in Zusammenhang steht.

Herr Schiedung sagte, dass es eine Beschlussvorlage der Verwaltung zur Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (VIII/2025/01330) gibt. Diese ist nicht Gegenstand der Beratungen im Wirtschaftsausschuss. Die Vorlage sieht eine Erhöhung der Vergnügungssteuer bei Spielautomaten vor. Ein möglicher Beschluss hätte Auswirkungen auf die Automatenunternehmer. Gemäß der Geschäftsordnung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtrat und seiner Ausschüsse sind Sachverständige anzuhören.

Das Rederecht für Herrn Breitkopf wurde erteilt.

Herr Breitkopf schilderte zunächst die rechtliche Einordnung. Auf kommunaler Ebene regelt das kommunale Abgabengesetz die Vergnügungssteuer. Die Vergnügungssteuer hat eine lenkende Funktion (Anzahl der Spielbetriebe, Spiel in geordneten Bahnen anbieten oder der Illegalität überlassen).

Herr Breitkopf sagte, dass die Entwicklung einen negativen Trend aufzeigt. In den vergangenen Jahren hat sich das Glücksspiel auf die illegale Ebene verlagert. Etwa 30

Prozent des Spiels findet im illegalen Bereich statt. Für Halle bedeute dies, dass bei 400 aufgestellten Automaten ein Drittel, 133 Automaten, illegal aufgestellt sind. Der Stadt Halle (Saale) entsteht dadurch ein gigantischer Steuerschaden.

Er sagte weiterhin, dass die in der Beschlussvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Vergnügungssteuer bei Spielautomaten von 15 Prozent auf 18 Prozent zu hoch ist und sein Unternehmen dadurch nicht mehr zahlungsfähig wäre. Ein Prozent Steuererhöhung für die Stadt, bedeute für sein Unternehmen 7 Prozent Aufwuchs. Die Vergnügungssteuer ist neben den Personalkosten der höchste Kostenfaktor in der Spielhalle. Eine Steuererhöhung von 3 Prozent für die Kommune bedeute für ihn 20 Prozent Mehreinnahmen generieren zu müssen.

Andere Automatenaufsteller würden sich durch eine Steuererhöhung um 3 Prozent in der gleichen Lage befinden.

Als theoretischen Lösungsansatz schlug er vor, der Illegalität entschieden entgegenzutreten. Illegal aufgestellte Automaten müssten drakonisch mit mindestens 5.000 Euro pro Monat pauschal besteuert werden, da sie aufgrund eines fehlenden elektronischen Zählwerkes nicht ausgelesen werden können. Dies hätte zumindest eine abschreckende Wirkung. Er sagte weiterhin, dass im Zuge des Vollzugs die Einziehung und Abschöpfung erfolgen müsste. Dies hochgerechnet, würde bei 130 Geräten einen Haushaltszuschuss von ca. 7 Millionen Euro jährlich erbringen. So die Theorie.

Er sagte, dass der Stadtrat mit einem Beschluss zur Vergnügungssteuer darüber entscheidet, ob das Spiel zukünftig im legalen oder im illegalen Bereich erfolgt.

Herr Schiedung fragte, ob es Wortbeiträge der Ausschussmitglieder gibt.

Herr Sommer fragte, ab wann ein Spielautomat illegal ist.

Herr Breitkopf antwortete, dass die Benutzung so lange nicht illegal ist, solange keine Gewinnerzielung erfolgt.

Herr Rihm sagte, dass Städte wie Rostock, Plauen, Görlitz oder Chemnitz eine Vergnügungssteuer von 18 bis 20 Prozent haben und vergleichbar mit Halle sind.

Herr Breitkopf sagte, dass Rostock bis vor kurzem noch 40 Spielhallenstandorte vor Ort hatte. Bis auf zwei Spielhallen mussten alle anderen legalen Spielhallen schließen. Rostock hat ein großes Problem mit Illegalität. Er sagte, weitere Beispiele darlegen zu können. Fest steht, wenn die Vergnügungssteuer angehoben wird, wird die Illegalität auch ansteigen.

Herr Weiß fragte, ob illegal aufgestellte Geräte einbehalten oder vernichtet werden. Er fragte weiterhin, ob die Kommune die Höhe der Sanktionierung festlegen kann.

Herr Breitkopf sagte, dass der Satz individuell von der Kommune festgesetzt werden kann. In Folge von Kontrollen und Einziehung illegal aufgestellter Geräte lässt sich durch Auslesen der Geräte die Abschöpfung feststellen.

Herr Berkes fragte, ob ein Kompromiss zwischen 15 und 18 Prozent gefunden werden kann.

Herr Breitkopf sagte, dass es eine soziale Verantwortung gegenüber allen Mitarbeitenden und gegenüber allen Nutzerinnen und Nutzer gibt. Er empfiehlt, die Satzung hinsichtlich der Bemessungsgrundlage (hinzu Netto-Kasse) anzupassen.

Herr Feigl bat um Stellungnahme der Verwaltung zu den getätigten Aussagen von Herrn

Breitkopf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die schlechte Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) bekannt ist und man zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts verpflichtet ist. Ansonsten entscheidet das Landesverwaltungsamt über Einsparmöglichkeiten und diese können ebenso die Vergnügungssteuer betreffen. Er brachte sein Verständnis gegenüber der Situation der Spielautomatenbranche zum Ausdruck. Er sagte, dass die Anzahl illegal aufgestellter Spielautomaten doch recht hoch ist und es vermehrt Kontrollen durch die Ordnungsbehörde bedarf.

Herr Schiedung bedankte sich bei Herrn Breitkopf für die Ausführungen.

Herr Ungefroren brachte den Teilhaushalt des Fachbereiches Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung ein.

Herr Berkes sagte, dass die CDU-Fraktion keinem Teilhaushalt zustimmen wird, solange keine Entscheidung über den gesamten Haushalt getroffen wird. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **mit Patt abgelehnt**
5 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

Herr Feigl bezog sich auf die vorgeschlagene Maßnahme im Konsolidierungskonzept, die Benutzung von Endgeräten von fünf auf sechs Jahre zu verlängern. Er fragte, ob bei einer Verlängerung der Nutzungsdauer der Endgeräte ein dadurch bedingter erhöhter Aufwand der Wartung mitberücksichtigt ist.

Herr Krischok sagte, dass sich die Wartungskosten durch eine Verlängerung der Nutzungsdauer nicht erhöhen werden, da man künftig die Geräte in gleichbleibenden Jahresscheiben regenerieren möchte. Es ergeben sich keine Folgekosten an den Geräten, außer sie gehen kaputt. Eine Nutzungsdauer von sechs Jahren entspricht schon dem Nutzungsende der Geräte.

Herr Feigl bezog sich auf das Stadtmarketing und fragte, wieviel Personal für die Studierendengewinnung beschäftigt ist und, ob die Kampagne erfolgreich und messbar ist.

Herr Schiedung beantrage Rederecht für Herrn Lange vom Stadtmarketing. Das Rederecht wurde erteilt.

Herr Lange sagte, dass die Evaluierung des Projektes sehr positiv war und das Projekt daran messbar ist. In diesem Jahr ist ein Zuwachs bei den Einschreibungen zu verzeichnen. Die Summe von 30 Tausend Euro bezieht sich nicht nur auf die Mitarbeiter im Projekt. Enthalten ist auch eine zweiprozentige Dynamik, die über alle vierundzwanzig Mitarbeiter verteilt ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan 2026. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2026 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die städtischen Beteiligungen, bei denen die Stadt Halle (Saale) einen beherrschenden Einfluss hat, in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Im Zeitraum 2026 bis 2030 sind nachhaltig wirkende, haushaltsentlastende, unternehmenskonkrete Beiträge zur Haushaltssicherung i. H. v. mindestens 13 Mio. EUR zu identifizieren, zusammen mit einer Einschätzung damit verbundener Effekte für die Stadt und das jeweilige Unternehmen zu bewerten sowie hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit abzuwägen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2024 zur Kenntnis.

**zu 5.2 Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2019 zum Gewerbegebiet
Halle-Tornau (VII/2019/00008)
Vorlage: VIII/2025/01659**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt brachte die Vorlage ein.

Herr Feigl sagte, dass die Prüfung für ein mögliches Gewerbegebiet in Tornau bereits 2019 erfolgt ist. Aufgrund klimatischer und umweltrechtlicher Bedenken hatte man sich gegen ein Gewerbegebiet in Tornau entschieden. Er sagte, dass, auch wenn die Entscheidung für eine neue JVA noch aussteht, dies mitzudenken ist. Es wird nicht viel Fläche für ein Gewerbegebiet übrigbleiben, sollte die neue JVA in Halle-Tornau errichtet werden. Er sagte, dass die Entscheidung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten getroffen werden sollte. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass eine Gewerbeflächenpotentialanalyse genau diese Vereinbarkeit zwischen JVA und Gewerbegebiet ermitteln soll.

Herr Schiedung bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
4 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

Herr Nistripke merkte an, dass die Formulierung der Beschlussvorlage nicht optimal ist. Er empfahl die Formulierung in der Form abzuändern, dass im gesamten Stadtgebiet potentielle Gewerbegebiete ermittelt werden sollen, darunter u.a. in Tornau.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass eine Anpassung der Formulierung erfolgen könnte.

Herr Schied sagte, dass seine Fraktion die Beschlussvorlage abgelehnt. Es gab 2019 bereits viele Stimmen aus der Bevölkerung gegen ein Gewerbegebiet in Halle-Tornau, so wie sich auch jetzt viele gegen eine JVA in Halle-Tornau ausgesprochen haben. Eine weitere Versiegelung von Ackerboden ist nicht gewünscht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass es nicht ausschließlich um ein Gewerbegebiet in Halle-Tornau geht, sondern die Gewerbeflächenpotentialanalyse im gesamten Stadtgebiet mögliche Gewerbegebiete ermitteln soll, darunter auch Tornau.

Herr Kerzel sagte, dass bei einer reinen Analyse von städtischen Flächen, keine Aufhebung eines Beschlusses notwendig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass nicht ausschließlich städtische Flächen betrachtet werden. Er sagte, dass keine Flächen geprüft werden, wenn nicht auch die Bereitschaft des Stadtrates dafür vorliegt.

Er sagte weiterhin, dass sich seit 2019 die Anfragen von potentiellen Unternehmen geändert haben und man keinen Vergleich zu vor sechs Jahren machen kann. Logistik spielt keine große Rolle mehr. Es geht um Hightech, um grüne Industrie. Kein Lärm, kein Verkehrsaufkommen. Die Wirtschaftsstruktur und die Nachfrage von Unternehmen ist eine völlig andere. Er warb um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Berkes empfahl eine Abstimmung der Beschlussvorlage.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss „Gewerbegebiet Tornau“ (Vorlage VII/2019/00008) vom 25.09.2019 aufzuheben.
2. Der Stadtrat beschließt, dass im Rahmen einer Gewerbeflächenpotentialanalyse in der Stadt Halle (Saale), welche durch die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalekreis mbH durchgeführt wird, auch die Erschließung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau unter Einbeziehung des laufenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 217 „Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße“ untersucht wird. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat als Grundlage für die Entscheidung über die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes für ein Industrie- und Gewerbegebiet am Standort Halle-Tornau zur Verfügung gestellt.

zu 5.3 Variantenbeschluss zur Ausrichtung des Laternenfest ab 2026
Vorlage: VIII/2025/01811

Herr Möller führte in die Beschlussvorlage ein und warb um Zustimmung.

Herr Feigl sagte, dass die Beschlussvorlage in seiner Formulierung „oder“ für eine Beschlussfassung nicht geeignet ist. Er fragte weiterhin, wo die Unterschiede in Variante 1 zu Variante 2 liegen, wo die Kosteneinsparungen und Flächenreduzierungen zu erkennen sind.

Herr Möller sagte, dass es der ausdrückliche Wunsch des Stadtrates war, die Flächen im Einnahme- und Ausgabebereich auszuweisen. Diesem Wunsch ist man in Variante 2 nachgekommen. Konzeptionell hat sich die Verwaltung auf Variante 1 bezogen, da man das Fest in seiner jetzigen Form weiterhin umsetzen möchte. Er sagte, dass die Verwaltung nicht vorschlagen wird, die Peißnitz aus dem Konzept zu nehmen, da die Bühne im städtischen Besitz ist.

Er legte dar, dass Variante 1 mit Einsatz finanzieller Mittel für die Herstellung der Elektrifizierung verbunden ist. Dies amortisiert sich aber in den kommenden Jahren, da man die finanziellen Mittel für die Ausleihe von Aggregaten in Höhe von 250 Tausend Euro jährlich einspart. Weiterhin würden andere Veranstaltungen von einer Elektrifizierung der Flächen profitieren können.

Herr Möller sagte, dass die Möglichkeit bestünde, einen alten Kanal am Riveufer für die Leitungen der Elektrifizierung zu nutzen, ohne das Riveufer baulich erneut zu beanspruchen. Er sagte weiterhin, dass man Einsparungen in der Infrastruktur vollziehen möchte und nicht im künstlerischen Bereich des Festes. Das Fest in Gänze, wie es alle erlebt haben, ist sehr gut gewesen. Der Schwerpunkt soll weiterhin auf Familien liegen.

Herr Nistripke sagte, dass eine Abstimmung des Beschlusstextes mit einer „oder“-Formulierung nicht möglich ist und bat um Klärung. Er sagte, sich verschiedene Varianten zum Laternenfest gewünscht zu haben.

Herr Schaper sagte, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird. Er sagte, dass geringere Flächen, weniger Besucher und daraus weniger Einnahmen für die Händler bedeuten. Er fragte, ob im Vorschlag alles halbiert wurde oder die Zahlen tatsächlich aussagekräftig sind. Er schlug vor, das Laternenfest auf zweierlei Säulen aufzustellen. Tagsüber eintrittsfrei, und am Abend, wenn verschiedene Künstler auf den Bühnen stehen, Eintritt einzuführen.

Herr Möller sagte, dass eine Flächenverkleinerung keine Auswirkungen auf den Sicherheitsaspekt hätte. Die Zugänge müssen trotzdem gesichert werden. Eine größere Fläche ist für ein hohes Aufkommen von Menschen wesentlich besser geeignet. An dem Sicherheitsposten wird es keine Veränderung geben, auch, wenn eine Fläche weniger betrieben würde. Ein Entgelt für Konzerte sieht die Verwaltung nicht vor, da sie beim Verkauf von Karten umsatzsteuerpflichtig wäre. Da es keinen Eintritt gibt, ist auch die zu zahlende GEMA-Gebühr entsprechend niedrig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies auf den Wertschöpfungseffekt hin. Aus ökonomischen Gründen empfiehlt sich eine Verkleinerung des Laternenfest nicht.

Herr Busch sagte, dass die Verwaltung keinen Variantenbeschluss vorgelegt hat. Er sieht die dargelegten Zahlen auch als nicht transparent und nicht nachvollziehbar.

Herr Möller sagte, dass Variante 2 ausdrücklicher Wunsch des Stadtrates war und dementsprechend dargestellt wurde, welche Kostenersparnis sich ergeben würde, wenn beispielsweise die Peißnitzbühne aus dem Programm zum Laternenfest herausgenommen wird. Die dargestellten Zahlen sind die IST-Zahlen. Wird eine Fläche herausgenommen, entfällt der IST-Betrag für diese Fläche.

Er wies daraufhin, dass die drei Flächen einzeln betrachtet etwas teurer sind. Dies hängt mit der Aufstellung von Toilettencontainern zusammen. Es gibt nicht in allen Bereichen des Festgeländes entsprechende Anschlüsse. Dieser Kostenfaktor wurde daher geschätzt und ist abhängig von der vorhandenen Infrastruktur.

Herr Sommer schlug vor, die benötigten finanziellen Mittel für eine Elektrifizierung erst einzuwerben, und die Maßnahme erst dann umzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Formulierung der Beschlussvorlage nicht optimal ist. Die Verwaltung möchte gemeinsam mit dem Stadtrat Mittel aus dem Infrastrukturtopf nehmen und diese für eine Elektrifizierung des Geländes einsetzen. Dieser Einsatz wird sich amortisieren.

Frau Gringer fragte, ob es Synergien mit anderen Städten und Veranstaltungen gibt. Sie bat um Aussage zu Toilettencontainern.

Herr Möller sagte, dass man davon profitiert, wenn Künstler in der Nähe auftreten und dann kurze Wege nach Halle haben. Die erdrückenden Kosten sind die für den Bühnenaufbau und die Legung von Infrastruktur. Er sagte, dass sich die Kosten für Aggregate seit Corona massiv erhöht haben. Habe man vor 2020 noch 60 Tausend Euro für Aggregate bezahlt, sind es heute 250 Tausend Euro. Die Einsparung kommt in vier bis fünf Jahren, begleitet Halle (Saale) dann aber auch für die nächsten 30 Jahre.

Er sagte, dass neben der Legung von Infrastruktur, auch Sanitär gedacht wird. Über die Ertüchtigung der Baumaßnahmen soll auch Wasser und Abwasser gelegt werden. Die Zahlen dafür liegen aber noch nicht vor und sind in der Beschlussvorlage daher nicht berücksichtigt.

Herr Berkes betonte, dass das Laternenfest nicht nur ein Fest für Familien ist, sondern für alle Hallenser. Er sprach sich für Variante 1 aus.

Herr Schied sagte, dass man von den beiden Varianten nur Variante 1 zustimmen kann. Er sprach sich für eine Elektrifizierung aus, sagte aber auch, dass die Vorlage in ihrer Formulierung nicht abstimmungsfähig ist.

Herr Feigl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage, sodass die Verwaltung die Möglichkeit hat, den Beschlussvorschlag zu ändern und eine bessere Vergleichbarkeit der Varianten vorzulegen.

Es gab keine Gegenrede. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
7 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

a) die Fortführung der bestehenden Konzeption unter Einbindung der Veranstaltungsflächen Ziegelwiese, Peißnitzinsel und Riveufer/Amselgrund unter Berücksichtigung der Elektrifizierung des Riveufers und der Ziegelwiese (Variante 1)

oder

b) die Verkleinerung des Festgeländes auf die Veranstaltungsflächen Ziegelwiese, Peißnitzinsel und/oder Riveufer/Amselgrund (Variante 2).

zu 5.4 **Betrauungsakt mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH** **Vorlage: VIII/2025/01561**

Herr Schiedung beantragte Rederecht für Herrn Lange vom Stadtmarketing. Das Rederecht wurde erteilt. Er beantragte auch das Rederecht für Herrn Häder von der BMA.

Herr Häder führte in die Beschlussvorlage ein und warb um Zustimmung. Er sagte, dass die bisherige Betrauung mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zum 31.12.2025 ausläuft und mit der vorliegenden Beschlussvorlage verlängert werden soll. Die Inhalte sind gleichgeblieben, es wurden nur rechtliche Anpassungen vorgenommen und eine Erweiterung der Aufgaben (dargestellt in der Synopse).

Herr Nistripke bat um Erläuterung zu Werbe- und Plakatierungskontingenten.

Herr Häder sagte, dass die STRÖER Werbe- und Plakatierungskontingente durch die SMG verwaltet werden und daher mit in die Betrauung aufgenommen werden.

Herr Busch fragte, warum der Punkt „Einhaltung öffentlicher Vergaberegeln“ mit aufgenommen werden soll.

Herr Häder sagte, dass dies als Formulierung nur zusätzlich aufgenommen werden soll. Die SMG GmbH hält sich selbstverständlich daran.

Herr Feigl bezog sich auf die Synopse, Seite 3, und fragte, warum die Formulierung „Vereine und Institutionen“ mitaufgenommen wird.

Herr Häder sagte, dass finanzielle Mittel der Stadt an die SMG GmbH nicht Dritten zu Gute kommen soll. Die Gelder sind im Interesse der Stadt zu nutzen und nicht im Interesse von Vereinen und Institutionen. Die Formulierung dient der rechtlichen Klarstellung.

Herr Berkes sagte, dass ihm eine verstärkte Formulierung einer sogenannten Mitverantwortung der SMG GmbH bezüglich städtischer Veranstaltungen fehlt (Beispiel: beim Lichterfest).

Herr Häder sagte, dass dies hinsichtlich des Steuerrechts nicht zu empfehlen ist. Bei konkreten Vorgaben könnte dies zur Umsatzsteuerpflicht führen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die SMG GmbH sehr gute Arbeit leistet und auch bei Veranstaltungen wie beispielsweise dem Lichterfest, Weinfest etc. unterstützt. Die Verwaltung trifft die Entscheidung, ob die SMG GmbH bei Veranstaltungen mit eingebunden wird oder es privatwirtschaftliche Veranstaltungen sind.

Frau Ginger sagte, dass die SMG GmbH keine Veranstaltungsfirma ist. Sie betonte, dass die SMG GmbH trotz dessen als Ansprechpartner agiert. Eine direkte Formulierung, wie von Herrn Berkes genannt, bedarf es nicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Schiedung** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, den anliegend im Entwurf beigefügten Betrauungsakt mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH abzuschließen.

**zu 5.5 Wirtschaftsplan 2026 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VIII/2025/01823**

-Auf Antrag des Stadtrates Torsten Schiedung erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Herr Schiedung

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5.5, Wirtschaftsplan 2026 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH. Wir hatten jetzt schon Herrn Lange das Rederecht erteilt. Falls es dazu noch irgendwelche Einbringungen, Ergänzungen geben sollte? Wenn das nicht ist, bitte ich um Fragen. Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen? Herr Schied.

Herr Schied

Ja, ich habe nur eine kleine Frage. Da ist ja im Wirtschaftsplan enthalten eine Personalreduzierung. Das eine durch Wegfall einer Stelle, die ja nur zeitlich begrenzt war. Aber dann kommt noch eine hinzu, zukünftig noch ein paar Stellen. Wie erklärt sich das? Gibt es weniger zu tun oder ist irgendetwas effizienter? Das interessiert uns mal.

Herr Schiedung

Jetzt kann Herr Lange, bitte.

Herr Lange

Ja, spannende Frage tatsächlich. Die Aufgaben werden nicht weniger und es ist auch nicht so, dass die bisher nichts zu tun haben.

Ich kann es jetzt mal sagen, wir haben zum Beispiel eine Stelle, die wir jetzt abbauen, wo wir es auch schon vollzogen haben. Also zumindest den Akt, sozusagen die Kündigung ausgesprochen haben. Das ist die Pressestelle, weil das ist ein Thema, was ich künftig übernehmen werde in Zusammenarbeit mit KI.

Auch wir, ich komme gerade von einer zweitägigen Klausur, auch wir müssen uns sozusagen damit auseinandersetzen, welche Aufgaben künftig optimiert werden können, auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzen. Wir werden noch zwei Stellen abbauen. Das ist momentan unser Plan, das zu machen, so wie wir eben das können. Wir sind über zwanzig. Ich kann nicht einfach sagen: Übrigens, machen wir nicht mehr.

Es muss also immer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sein, aber wir werden einige Tätigkeiten mit KI durchführen und wir werden im Haus eine Optimierung durchführen, was den Tagungs- und Kongressbereich angeht. Das heißt, eine wegfallende Stelle, weil eine

Mitarbeiterin gekündigt hat. Die werden wir im Haus sozusagen aufteilen auf zwei Mitarbeiterinnen. Dadurch erklärt sich das.

Und dadurch ist es uns möglich, tatsächlich Personal abzubauen und das ist prozentual bei uns, natürlich, dass wissen Sie, das sind 10 Prozent. Das ist schon eine Hausnummer, weil die Aufgaben werden ja nun nicht weniger. Ich glaube zumindest nicht daran, dass sie weniger werden.

Herr Schiedung

Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? Wenn dem nicht so ist, kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte als aller erstes dies sachkundigen Einwohner und Einwohnerinnen zur Abstimmung. Wer ist für diese Vorlage? Acht. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Dann bitte ich die Stadträtinnen und Stadträte. Wer ist für die Vorlage? Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Dann ist bei 8 Ja-Stimmen, bei den Sachkundigen, keine Nein, keine Enthaltung, und bei 8 Ja-Stimmen der Stadträte, keine Nein, keine Enthaltung, diese Vorlage einstimmig angenommen.

Herr Lange

Und für die beiden Punkte danke ich Ihnen.

Herr Schiedung

Vielen Dank, Herr Lange.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 10. Oktober 2025 zu folgendem Beschluss:

1. Der Wirtschaftsplan 2026 wird genehmigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2030 wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Herr Schiedung wies darauf hin, dass alle Anträge vertagt wurden.

zu 7 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anbindung an das CERT-Nord
Vorlage: VIII/2025/01857**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Sicherheitsstandards bei Beschaffungen von digitalen Produkten und Komponenten
Vorlage: VIII/2025/01858**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umsetzung des NOOTS-Staatsvertrages („Once-Only-Prinzip“)
Vorlage: VIII/2025/01859**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu einem perspektivischen Beitritt der Stadt Halle (Saale) zum Grünen Ring Leipzig
Vorlage: VIII/2025/01855**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Anfrage Herr Aleed zur Stadtteilbibliothek Süd

Herr Aleed bezog sich auf die Stadtteilbibliothek Süd, welche im Einkaufszentrum Südstadt verortet ist. Er fragte, ob die Verwaltung Bestrebungen hat, mit dem Vermieter in Kontakt zu treten, da er seinen Pflichten hinsichtlich des Zustandes des Gebäudes nicht nachkommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Verwaltung voraussichtlich einen neuen Standort für die Stadtteilbibliothek Süd gefunden hat. Die Prüfung dazu ist noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung kann hinsichtlich der Missstände im Einkaufszentrum nicht agieren, da das Gebäude nicht im städtischen Eigentum ist.

zu 8.6 Anfrage Herr Berkes zum Wirtschaftsförderungskonzept

Herr Berkes sagte, dass die Antwort der Verwaltung auf seine Anfrage zum Wirtschaftsförderungskonzept vom 10.09.2025 aussteht. Er fragte, wann er eine Antwort dazu erhalten wird. Die Verwaltung hatte im September um eine Bearbeitungszeit von acht bis zehn Wochen gebeten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Verwaltung die Zeit von zehn Wochen benötigt.

zu 8.7 Anfrage Herr Schied zum Bebauungsplan Ammendorf

Herr Schied bezog sich auf den B-Plan Ammendorf und der beabsichtigten Erweiterung des Aldi-Marktes. Er sagte, dass keine Maßnahmen vor Ort stattfinden. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sicherte eine schriftliche Beantwortung zu

zu 8.8 Anfrage Herr Nistripke zum Weihnachtsmarkt

Herr Nistripke fragte, ob die Ablehnung für die Genehmigung des Weihnachtsmarkts in Magdeburg Auswirkungen auf den halleschen Weihnachtsmarkt hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass es aktuell keine Auswirkungen auf den halleschen Weihnachtsmarkt gibt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Schiedung bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Torsten Schiedung
stellvertretender Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
Protokollführer